

Klienteninformation zum Steuerungsgremium Psychiatrie/Sucht

Was ist ein Steuerungsgremium?

Das Steuerungsgremium setzt sich zusammen aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung und Leistungserbringern, die für Ihre Vermittlung in das gemeindepsychiatrische Versorgungssystem Ihres Bezirkes Verantwortung tragen. In dem Gremium Ihres Bezirkes sind, die in der Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung aufgeführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertreten. Zusätzliche Teilnehmer können aus der Teilnehmer- bzw. Gästeliste entnommen werden.

Was ist das Ziel des Steuerungsgremiums?

Ziel der Arbeit des Steuerungsgremiums Psychiatrie/Sucht ist, Ihre Situation und Ihren Hilfewunsch bzw. Ihren Teilhabebedarf kennen zu lernen und Ihnen eine darauf gut abgestimmte Hilfe zu empfehlen.

Was passiert vor und während der Beratung im Steuerungsgremium?

In aller Regel haben Sie bereits Vorgespräche mit dem Kostenträger, dem Krankenhaus, dem Sozialpsychiatrischen Dienst, möglicherweise mit ihrer rechtlichen Betreuung oder einem ambulanten Leistungserbringer geführt, in dem über Ihren Teilhabebedarf gesprochen worden ist. Das Steuerungsgremium Psychiatrie/Sucht prüft auf der Grundlage des bisher ermittelten Bedarfs die Umsetzungsmöglichkeiten und versucht Ihnen eine geeignete Betreuungsmöglichkeit zu empfehlen. In jedem Fall erfolgt eine Vorstellung und Abstimmung im Steuerungsgremium nur mit Ihrem Einverständnis und nach Unterschrift der Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung.

Frau Lachmann oder ihre Vertretung leitet die Sitzung und achtet darauf, dass nur diejenigen personenbezogenen Daten offenbar werden, die für eine Entscheidung des Steuerungsgremiums unentbehrlich sind.

Ist Ihre Teilnahme erforderlich?

Nein, Sie müssen nicht teilnehmen! Aber Sie haben das Recht, an der Sitzung teilzunehmen und für sich selbst zu sprechen.

Diese kurze Information gibt Ihnen einen ersten Einblick in die Arbeit des Steuerungsgremiums Psychiatrie/Sucht. Ausführlichere Informationen zum Steuerungsgremium können Sie bei der Psychiatriekoordinatorin bzw. dem Psychiatriekoordinator oder der Suchthilfekoordinatorin bzw. dem Suchthilfekoordinator Ihres Bezirkes erhalten.

Informationen zum Datenschutz

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten auf der Grundlage der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) sowie des Berliner Datenschutzgesetzes und weiterer spezialgesetzlicher Regelungen. Ihre personenbezogenen Daten werden teilweise mit Hilfe von elektronischen Fachverfahren verarbeitet, um die genannten Aufgaben und Leistungen zu erbringen bzw. zu erfüllen.

Zur Erfüllung der Informationspflichten nach Artikel 13 EU-DSGVO geben wir Ihnen nachfolgende Informationen:

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 a EU-DSGVO)	Kathleen Lachmann; Tel: 030 90297 6165; FAX: 030 90297 66 6164; E-Mail: Kathleen.Lachmann@ba-tk.berlin.de
Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 b EU-DSGVO)	Frau Manthey; Tel: 030 90297 4994 E-Mail: behds@ba-tk.berlin.de
Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 c und Art. 9 Abs. 2 a EU-DSGVO)	Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung für das Steuerungsgremium Psychiatrie/Sucht
Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen (Art. 13 Abs. 1 c DSGVO)	<ul style="list-style-type: none"> Durchführung der Steuerungsgremien Psychiatrie/Sucht zur Erarbeitung von Empfehlungen für bedarfsgerechte Eingliederungshilfemaßnahmen
Empfänger der personenbezogenen Daten (Art. 13 Abs. 1 e EU-DSGVO)	<ul style="list-style-type: none"> Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Steuerungsgremiums Psychiatrie/Sucht
Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden (Art. 13 Abs. 2 a)	Die Daten werden für die Dauer von 2 Jahren nach erfolgter Vermittlung einer außerklinischen Hilfe gespeichert. Nach Ablauf der Frist werden die Daten gelöscht.

Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Diese Rechte beziehen sich hierbei auf die freiwillig gemachten Angaben.

Eine Einschränkung ergibt sich bei den übermittelten Daten die der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung im Land Berlin für die sozialindikative Gesundheitsplanung zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der Übermittlung der Daten ohne Angabe von Namen, Tag der Geburt und Anschrift ist nach der Übermittlung eine Zuordnung zu einer bestimmten Person nicht mehr möglich. Somit besteht das Recht auf Löschung, Einschränkung der Verarbeitung sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung dieser Daten ebenfalls nicht.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, wird geprüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Zudem besteht das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO). In Berlin ist die zuständige Aufsichtsbehörde die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit:

Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, Telefon: (030) 13889-0, mailbox@datenschutz-berlin.de